



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

12.5329.02

ED/P125329
Basel, 5. Dezember 2012

Regierungsratsbeschluss
vom 4. Dezember 2012

Interpellation Nr. 112 Brigitta Gerber betreffend Verleumdung von schweizerischen Universitätsprofessoren und -professorinnen durch die Weltwoche im Oktober 2012 (Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 14. November 2012)

„Die «Weltwoche» hat in zwei ihrer Oktoberausgaben Listen von in der Schweiz lehrenden Professorinnen und Professoren publiziert, die angeblich eine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen. Unter dem „Deckmantel der Wissenschaft“ verbreiteten die Akademiker «politisch durchtränkte Irrlehren», schreibt die Zeitung. Zudem werden die Fotos einzelner Professorinnen und Professoren wie die Mordverdächtigen in Kriminalfilmen an eine fiktive Wand gepinnt. In dem Tagesanzeiger ist daraufhin zu lesen, dass die Rektoren der Schweizer Universitäten durch diese Angriffe auf die Hochschulen alarmiert sind. Der Vorstand der Rektorenkonferenz (Crus) hat am 8. November offensichtlich über geeignete Gegenmassnahmen beraten. Dies ist sehr zu begrüssen. Prof. Antonio Loprieno, Rektor der Universität Basel und Präsident der Rektorenkonferenz, bestätigte gegenüber der Zeitung «Der Sonntag»: "Wir beobachten den aufziehenden Diskurs mit grösster Sorge und haben das Thema traktiert."

Auch die Interpellantin hält diese Vorkommnisse für höchst beunruhigend und bittet den Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat die Regierung Kenntnis von den medialen Angriffen auf die universitären und kantonalen Institutionen, setzt sie sich mit anderen betroffenen Kantonen darüber auseinander und wird von der Rektorenkonferenz über geeignete Gegenmassnahmen informiert, resp. unterstützt diese aktiv?
2. Wie gedenken der Regierungsrat, der Unirat und die Universität im spezifischen die betroffenen Personen, die in diesen Brüchen öffentlich blosgestellt wurden, zu schützen?

Brigitta Gerber“

Ausgangslage

Auch der Regierungsrat verurteilt die Art und Weise der von der Interpellantin angesprochenen Berichterstattung. Dabei geht es weniger um die kritischere Reflexion von persönlichen Ansichten und Äusserungen des Zeitgeists auf die Forschung, als die Art und Weise, wie mit Bildern und suggestiven Unterstellungen einzelne Angehörige von Universitäten an den Pranger gestellt werden. Im Weiteren ist festzustellen, dass nicht spezifisch Professorinnen oder Professoren der Universität Basel angegriffen werden. Reaktionen müssen somit auf nationaler Ebene generell gegen die Verunglimpfung der Forschungswelt erfolgen. Der Regierungsrat hat nach Absprache mit der Universität deshalb den Eindruck, dass keine spezifischen Aktivitäten seitens des Regierungsrats des Kantons Basel-Stadt erfolgen sollten. Die

universitäre Welt hat sich in ihrer Autonomie der Frage angenommen. Die vom Rektor der Universität Basel präsidierte schweizerische Rektorenkonferenz (CRUS) befasst sich in angemessener Weise mit den Anwürfen. In ihrer am 11. Oktober 2012 publizierten Stellungnahme unterstreicht die CRUS die Bedeutung der lebendigen Debattenkultur an den Universitäten (<http://www.crus.ch/index.php?id=3121>). CRUS-Präsident Rektor Prof. Dr. Antonio Loprieno hat ausserdem in einem Artikel in der Weltwoche dargelegt, dass die Universität als offene Institution der Gesellschaft allen gesellschaftlichen Denkrichtungen offensteht. Es ist auch festzustellen, dass in den Medien ein kritischer Diskurs über das Vorgehen der Weltwoche stattfindet. Nicht zuletzt möchte der Regierungsrat vermeiden, dem Vorstoss der Weltwoche mit Interventionen seinerseits weiteres Gewicht zu geben, ihn damit zu überhöhen und die Kampagne unnötig zu verlängern.

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. *Hat die Regierung Kenntnis von den medialen Angriffen auf die universitären und kantonalen Institutionen, setzt sie sich mit anderen betroffenen Kantonen darüber auseinander und wird von der Rektorenkonferenz über geeignete Gegenmassnahmen informiert, resp. unterstützt diese aktiv?*

Der Regierungsrat hat Kenntnis von den medialen Angriffen wie von den Massnahmen der schweizerischen Rektorenkonferenz. Diese sind als angemessen zu beurteilen und erfordern keine weitere Intervention seitens der Politik.

2. *Wie gedenken der Regierungsrat, der Unirat und die Universität im spezifischen die betroffenen Personen an die in diesen Beträgen öffentlich blossgestellt wurden, zu schützen?*

Bis zum jetzigen Zeitpunkt sieht der Regierungsrat keinen Anlass für spezifischen Personenschutz im Zuständigkeitsbereich des Regierungsrats oder des Universitätsrats der Universität Basel.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Carlo Conti
Vizepräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin